

ZUM THEMA

Klimawandel fordert Bewusstseins- und Politikwandel

Die drohende Klimakatastrophe ist nicht nur ein Thema der Politik. Von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen wird seit Längerem auf das Problem aufmerksam gemacht – und Stellung bezogen, auch im Hinblick auf entsprechende Bildungsbemühungen.

Evangelische Positionen

»Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel«, so begann 2007 der Appell des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber (EKD-Texte 89, Internet: www.ekd.de). Dass die Bedingungen des Lebens auf der Erde nicht sicher, sondern durch katastrophale Veränderungen bedroht sind, bezeichnete der Bischof als eine der grundlegenden Erfahrungen der Menschheit: »Religiöse Überlieferungen haben dem in der Vorstellung von einer großen Flut Ausdruck gegeben, die nahezu alles Leben auf der Erde vernichtet.« Er forderte ein entschiedenes Umdenken und Umlernen, das auch auf der persönlichen Ebene erfolgen müsse: »Jeder einzelne Beitrag zum Klimaschutz ist sinnvoll, denn die Wirkungen verstärken sich.« Wichtig sei insbesondere eine ethische Urteilsbildung.

Bei der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 2008 nahm eine Kundgebung zu »Klimawandel – Wasserwandel – Lebenswandel« Stellung. In dieser EKD-Erklärung heißt es: »Der Klimawandel ist längst in vollem Gange. Darum erfordert er einen neuen Lebenswandel. Denn die Beteiligung des Menschen daran ist höchstens graduell strittig.

Wir Menschen werden die schon zutage getretenen Veränderungen kaum zurückbauen können. Das Klima verändert bereits die Lebensbedingungen auf diesem Planeten. Angesichts dieser Lage haben wir als Christenmenschen eine doppelte Aufgabe: mit aller Kraft und gemeinschaftlich zum Guten wenden, was noch gewendet werden kann, und den Wandel der Lebensbedingungen auf dem Planeten Erde annehmen und nach neuen Überlebensmöglichkeiten suchen.« Zudem wird das Bildungsengagement der Kirchen angemahnt.

Der evangelische Umweltexperte Hans Diefenbacher sieht die Kirchen, wie er Anfang Februar 2009 erklärte, im Kampf gegen den Klimawandel in besonderer Verantwortung. Die Kirchen sollten vernünftige klimapolitische Forderungen unterstützen, selbst energiesparende Maßnahmen ergreifen und durch ökologische Bildungsarbeit am Wandel von Lebensstilen mitarbeiten. Diefenbacher ist der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen. Bei der Bildungsarbeit warnte Diefenbacher davor, Maximalforderungen zu stellen. »Wer den Leuten ökologische Heilige als Vorbilder anbietet, schreckt sie ab.« Vielmehr solle die Palette an klimafreundlichem Verhalten vorgestellt werden. Dann könnten sich die Menschen aussuchen, was ihnen am leichtesten falle. Selbst kleine Veränderungen führten zum Ziel, wenn viele sich daran beteiligten.

Katholische Positionen

Im September 2006 legte die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) den Ex-

pertentext »Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit« vor (mittlerweile in 2. Auflage, 2007, erhältlich, siehe im Netz unter: www.dbk.de). Das im Auftrag der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen und der Kommission Weltkirche erstellte Papier greift den aktuellen Stand der Forschung auf und analysiert die aus dem Klimawandel folgenden Gerechtigkeitsprobleme. Der Klimawandel und seine Folgen werden aus der Perspektive einer christlichen Ethik

Bildungsprämie

Um die Bereitschaft jedes und jeder Einzelnen zu unterstützen, durch private Investitionen in die persönliche, allgemeine berufliche Weiterbildung Vorsorge für eine erfolgreiche Beschäftigungsbiographie zu treffen, führt die Bundesregierung eine »Bildungsprämie« ein. Durch finanzielle Anreize sollen mehr Menschen zur individuellen Finanzierung von Weiterbildung motiviert und befähigt werden. Außerdem müssen Bildungsausgaben als Investition verstanden werden – auch von denen, die bislang noch nicht in ihre eigene Weiterbildung investieren. Dies geschieht mithilfe einer besonderen Komponente zur Finanzierung von individueller beruflicher Weiterbildung. Danach können Erwerbstätige einen Prämiegutschein in Höhe von maximal 154 € erhalten, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen derzeit 17.900 € (oder 35.800 € bei gemeinsam Veranlagten) nicht übersteigt. Mindestens die gleiche Summe müssen sie selbst für die Weiterbildung aufbringen. Die Prämiegutscheine können seit dem 1.12.2008 in ausgewählten Beratungsstellen angefragt werden. Infos: www.bildungspraemie.info.

der Nachhaltigkeit bewertet. Maßgabe dabei ist insbesondere die kirchliche Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten. Der Bericht zeigt exemplarisch Handlungsfelder für eine Strategie des nachhaltigen Klimaschutzes auf, welche die nationale und die internationale Politik, Wirtschaftsunternehmen und internationale Organisation sowie den Einzelnen in die Pflicht nimmt. Es wird betont, dass sich auch die Kirche bereits vielfach im Bereich Klimaschutz engagiert, jedoch noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Im Blick auf das nötige gesellschaftliche Umsteuern heißt es, dass dies »der aktiven Mitverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger« sowie »einer sensibilisierenden, informierenden und motivierenden Umweltbildung« bedürfe (Nr. 49). Dabei komme der Bildungspolitik »eine große Bedeutung zu, die sich viel stärker als bisher des Themas Umwelterziehung und -bildung annehmen sollte. Die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufene Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« bietet einen willkommenen Anlass für eine Neuorientierung.« (Nr. 55) Das Dokument nennt auch einzelne Einrichtungen aus der katholischen Erwachsenenbildung, die ihre Häuser auf einen umweltfreundlichen Betrieb umgestellt haben. Speziell wird die kirchliche Weiterbildung angesprochen, die dem Thema Klimawandel mehr Beachtung schenken solle.

2008 haben sich – wie bereits zuvor beim Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm – die Bischofskonferenzen aus den G-8-Ländern an die Staats- und Regierungschefs gewandt und ein stärkeres Engagement für Arme und für den Klimaschutz verlangt. In einem gemeinsamen Brief an die Teilnehmer des G-8-Gipfels in Toyako (Japan) forderten die Bischöfe dazu auf, die 2005 und 2007 eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Eindringlich warnten die Bischöfe vor den Folgen des weltweiten Klimawandels vor allem für die Armen. Diese seien von den negativen Folgen wie möglichen Konflikten, steigenden

Energiekosten und Gesundheitsproblemen besonders stark betroffen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Die Folgekosten des Klimawandels dürften die Armen nicht unverhältnismäßig belasten, sondern müssten von den reichen Bevölkerungsgruppen und Nationen getragen werden, deren hohe Emissionen ihrem eigenen Wachstum zugute gekommen sind. Arme Bevölkerungsgruppen und Nationen müssten außerdem »bei der Anpassung an die Folgen des globalen Klimawandels und bei der Einführung entwicklungsförderlicher und gleichzeitig klimaverträglicher Technologien unterstützt werden«.

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat sich Ende November 2008 intensiv mit dem Klimawandel befasst und eine Erklärung zum Schutz des Klimas verabschiedet (im Netz: www.zdk.de). In der Erklärung bekennt sich das ZdK zur besonderen Verantwortung der Christen für den von Menschen verursachten Klimawandel. Unter dem Titel »Schöpfungsverantwortung wahrnehmen – jetzt handeln! Für einen nationalen und internationalen Klimaschutz« fordert das ZdK jeden Einzelnen, die Gesellschaft und die Politik auf, Verantwortung zu übernehmen, jetzt Entscheidungen zu treffen und danach zu handeln. Dies sei mit Auswirkungen für das persönliche Handeln und Leben verbunden und mit der Bereitschaft zum Verzicht. Eine derartige Lebensstiländerung erfordere aber auch politische Maßnahmen. Ein Einstellungswandel der Menschen werde nicht ohne Strukturwandel zustande kommen. Mit Blick auf die Verursachung des Klimawandels stünden insbesondere die Industrienationen in der Verantwortung und Pflicht, beim Klimaschutz voranzuschreiten.

Bei der Energieversorgung setzt sich das ZdK dafür ein, den Kurs der Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz fortzusetzen, den Anteil der erneuerbaren Energien sowie die Energiegewinnung durch Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen. Ausdrücklich sprach sich das ZdK in diesem Zusammenhang für den Ausstieg

aus der Kernenergie aus. Zwar sei die Gewinnung von Kernenergie emissionsärmer als die Energieerzeugung durch Kohlekraftwerke. Angesichts der Sicherheitsbedenken, der ungelösten Problematik der Endlagerung und der Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen stelle die Kernenergie jedoch keine verantwortungsvolle Möglichkeit dar, die Probleme des Klimawandels zu lösen.

Die ZdK-Erklärung erinnert daran, dass viele Diözesanräte und katholische Verbände sich bereits in konkreten Projekten und Initiativen für den Klimaschutz, u.a. in Umwelterziehung und -bildung, eingesetzt haben: »Dieser Einsatz verdient große Wertschätzung, denn er führt zu Bewusstseinsbildung und gesellschaftlich verankerter Klimakompe-

CONFITEA VI

Die sechste UNESCO-Weltkonferenz zur Erwachsenenbildung CONFITEA findet 2009 in Brasilien statt (vgl. EB 3/08). 2008 wurden dazu fünf regionale Vorkonferenzen durchgeführt und nationale Berichte erstellt, die im Anschluss an die Hamburger Deklaration zum Lernen im Erwachsenenalter, die bei der CONFITEA V 1997 verabschiedet wurde, die nationalen Anstrengungen zur Verbesserung der Erwachsenenbildung dokumentieren sollen. Der deutsche Bericht wurde gemeinsam mit den Trägerorganisationen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK) erarbeitet. Er ist Ende 2008 vom BMBF unter dem aktuellen CONFITEA-Motto »Leben und Lernen für eine lebenswerte Zukunft – die Kraft der Erwachsenenbildung« in einer Druckversion veröffentlicht worden. Bezug: www.bmbf.de.

tenz. Ausdrücklich weisen wir auf den großen Einsatz der katholischen weltkirchlichen Werke hin, die in konkreten Projekten Klima- und Entwicklungspolitik verwirklichen und so Klimagerechtigkeit umsetzen.«

Kurswechsel

Nachdruck auf einen dezidierten Kurswechsel in der Politik hat Ende 2008 eine Studie gelegt, die gemeinsame Positionen von gesellschaftlichen, gerade auch kirchlichen Initiativen vorträgt. Es handelt sich um die umfangreiche Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte« (Frankfurt/M., Fischer Taschenbuch, 2008), herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), von Brot für die Welt und vom Evangelischen Entwicklungsdienst. Die neue Publikation setzt die Studie von 1996 fort, die gemeinsam von BUND und vom katholischen Hilfswerk Misereor herausgegeben worden war und die in der Fachöffentlichkeit für große Resonanz gesorgt hatte. Allein im Jahr 1996 gab es dazu, wie die Herausgeber jetzt resümieren, 1.000 Veranstaltungen.

Die aktuelle Publikation will den seinerzeit begonnenen Prozess neu beleben. Dabei sieht sie sich durch die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt. »Es hat sich ein Gezeitenwechsel vollzogen«, heißt es einleitend. »Auf den Kommandohöhen von Politik und Wirtschaft sind lange gehegte Gewissheiten ins Wanken gekommen. Vorbei sind die Zeiten neoliberaler Euphorie und auftrumpfender Globalisierung.« Zugleich sind sich die Autoren der Studie im Klaren darüber, dass ein ernsthafter Wandel in der Politik noch nicht begonnen hat, dass vielmehr das Wirtschaftswachstum neu ins Zentrum der politischen Bemühungen gerückt ist. Die Studie geht nicht eigens auf Fragen der Umweltbildung ein, sie stellt aber das einschlägige Material in erschöpfender Fülle zur Verfügung.

js

ALPHABETISIERUNG

Zukunftsaufgabe Grundbildung

Die Qualifizierung und Professionalisierung der Bemühungen um Alphabetisierung erfährt in Deutschland neuen Nachdruck. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat als nationalen Beitrag zur UN-Weltalphabetisierungsdekade Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt, sodass Ende 2007 die ersten Projektverbünde ihre Arbeit aufnehmen. Auch der fachliche Diskurs befasst sich verstärkt mit der Grundbildungsaufgabe.

DIE-Forum

Bei Alphabetisierung auf dem richtigen Weg – aber es sind noch viele Grundlagen zu schaffen: Das lässt sich als Fazit des letzten DIE-Forums ziehen, das am 1. und 2. Dezember 2008 unter dem Motto »Zukunftsfrage Grundbildung – Nationale Fragen im internationalen Diskurs« in Bonn stattfand. Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), das schon seit Jahrzehnten Fragen der Alphabetisierung untersucht und die Praxis begleitet, wollte mit diesem Forum auf bereits existierende Konzepte und Erfahrungen im Ausland aufmerksam machen und den Austausch unterschiedlicher Akteure, die sich mit Fragen von Alphabetisierung und Grundbildung beschäftigen, anregen.

Die vorgestellten Alphabetisierungsprogramme, die seit Ende der 90er Jahre in England, Schottland und Irland im großen Maßstab durchgeführt werden, beeindruckten die deutschen Teilnehmer. Doch auch Deutschland sei mit seiner Strategie »Erst forschen, dann handeln« auf dem richtigen Weg, bescheinigten die internationalen Referenten der zuständigen Mitar-

beiterin des BMBF, Dr. Jutta Schubert, während einer Podiumsdiskussion. Es wurde allerdings deutlich, dass in anderen europäischen Ländern der Tatbestand einer des Lesens und Schreibens weitgehend unkundigen Bevölkerungsgruppe längst öffentlich zur Kenntnis genommen wird – was zur Folge hat, dass Gelder für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt werden und Alphabetisierung nicht nur als Aufgabe der Schule oder der Frühförderung von Kindern gesehen wird.

Prof. Ekkehard Nuissl von Rein, wissenschaftlicher Direktor des DIE, fasste die wichtigsten Ergebnisse des Forums abschließend in zehn Punkten zusammen. Unter anderem empfahl er, viele grundlegende Fragen gründlich wissenschaftlich zu erforschen und die Ergebnisse mit der Politik zu diskutieren. Es stelle sich bei geschätzten 80 Millionen funktionellen Analphabeten europaweit die Frage, wie man sie erreicht und zur Kursteilnahme motiviert und wie man sie in die Diskussion und Entwicklung von Programmen einbezieht. Kursleitende müssten sich speziell qualifizieren können und Akteure müssten in Netzwerken gemeinsam auf eine kohärente Strategie hinarbeiten, damit ein Gesamtkonzept entstehe und Gelder sinnvoll an verschiedenen Stellen eingesetzt würden.

Mehr als technische Vermittlung

Die Menschen, die für die Belange des Alltags und Berufslebens nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können, kamen hierzulande in der öffentlichen und bildungspolitischen Wahrnehmung Jahrzehnte lang nur am Rande vor. Mittlerweile ist jedoch

mit Blick auf die Ergebnisse von PISA oder die Zunahme von Schulproblemen und Lernwiderständen deutlich geworden, dass es sich um ein Zukunftsthema – auch und gerade für einen Industriestaat bzw. eine »Wissensgesellschaft« – und um eine gewichtige erwachsenenpädagogische Aufgabe handelt. Und es ist klar, dass dies nicht nur die Vermittlung der betreffenden Kulturtechniken bedeutet. Wie Dr. Schubert bei der abschließenden Pressekonferenz des Forums betonte, geht es um mehr, nämlich um

die gesellschaftliche Teilhabe von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung. Denn wer heutzutage die elementaren Kulturtechniken nicht beherrscht, befindet sich allein dadurch in einer sozialen Randlage. Hinzu kommt, dass solche Defizite meist mit anderen Belastungen verbunden sind, die ebenfalls zu Benachteiligung führen (Armut, Migrationshintergrund). Wichtig sei es deshalb, so das Votum des DIE-Forums, dass Umfang und Ursachen dieses Analphabetismus als Produkt eines entwickelten öffentlichen Bil-

dungssystems genauer erforscht und die pädagogischen Konsequenzen überdacht werden.

Das Förderprogramm des BMBF, das bis 2012 läuft, kann solchen Bemühungen ohne Zweifel einen positiven Anstoß geben. Im Rahmen der Förderung ist jetzt ein Masterstudiengang »Alphabetisierungs- und Grundbildungspädagoge« entwickelt worden, der zum Herbst 2009 starten soll. Nähere Informationen finden sich auf der Homepage des Förderprogramms: www.alphabund.de. js

BILDUNGSPOLITIK

Bildung in Zeiten der Krise

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate, die zu einem politischen Aktivismus neuen Typs geführt hat, tangiert auch die Erwachsenenbildung (vgl. den Kommentar zur ökonomischen Bildung in EB 4/08). Ob der »Bildungsmarkt« genauso in Mitleidenschaft gezogen wird oder ob hier die Krise als Chance wahrgenommen werden kann, wie der offizielle Euphemismus lautet, steht noch dahin.

Abbruch

Die Krise erreicht den Arbeitsmarkt – weiterhin Einbrüche bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung, so lauteten Alarmmeldungen vom Jahresanfang 2009. Im Januar war die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich gestiegen, um 387.000 auf rund 3,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote kletterte auf 8,3 Prozent, wobei die Quote im Osten mit 13,9 Prozent doppelt so hoch wie im Westen mit 6,9 Prozent lag. Hinzu kamen rund 400.000 Kurzarbeiter – während die Prognosen von weiteren düsteren Entwicklungen ausgehen. Das lässt sich also zu Beginn des Jahres entgegen einigen Versuchen zur Verbreitung optimistischer Stimmung festhalten: Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

Wie die DAA-Stiftung Bildung und Beruf Anfang des Jahres erklärte, hat diese Entwicklung negative Konsequenzen für die Weiterbildung. Im Hinblick auf die erfolgte Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte scheint die Arbeitsagentur bereits jetzt Mittel für die aktive Arbeitsförderung einzusparen. So beobachtet die DAA-Stiftung seit Monaten einen deutlichen Rückgang der von der BA geförderten Qualifizierung. Notwendig wäre es stattdessen aus Sicht des Bildungsverbandes, in noch stärkerem Maße auf das Instrument der beruflichen Weiterbildung zu setzen, dessen Effizienz als Arbeitsmarktinstrument erwiesen sei. Gegenüber Dezember 2008 sind im Januar 2009 laut DAA die Neueintritte in geförderte Qualifizierungsmaßnahmen insgesamt um 9.105 zurückgegangen; das sind beinahe 25 Prozent. Damit sank auch der Bestand der Personen, die sich in einer Qualifizierungsmaßnahme befinden, um 11.333 (entspricht 6,75 Prozent). Fast ein Viertel weniger an neuen Maßnahmen ist also zu verzeichnen, zudem setzt sich damit der Rückgang der Eintritte bereits im dritten Monat fort (Kontakt zur DAA-Stiftung Bildung und Beruf, E-Mail: andreas.nierhaus@daa-bw.de).

Aufbruch

Mit den Maßnahmen zur Konjunkturförderung, die die große Koalition umgesetzt oder angekündigt hat, sind gleichzeitig einige Hoffnungen verbunden, mögliche Investitionen in den Bildungsbereich betreffend. »Krisenzeiten für Weiterbildung nutzen« hieß es z.B. aus dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die großen Bildungsträger, darunter auch die katholische Erwachsenenbildung, zusammenarbeiten. Der Bundesausschuss begrüßte die im Konjunkturpaket der Bundesregierung geplanten Ausgaben für die Sanierung von Bildungseinrichtungen, forderte aber die Einbeziehung der Weiterbildungseinrichtungen. Gleichzeitig regt der bap an, bei verstärkt anfallender Kurzarbeit die frei werdende Zeit als Lernzeit auch für Angebote der allgemeinen und politischen Erwachsenenbildung zu nutzen.

»Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir in Köpfe und Gebäude gleichermaßen investieren«, so Theo W. Länge, Vorsitzender des bap, in einer Erklärung vom Januar 2009. Länge erinnert an die breit angekündigte »Bildungsoffensive« von Bund und Ländern auf dem Bildungsgipfel Ende Oktober letzten Jahres (vgl. EB 4/08). »Wenn die Politik es ernst meint mit

dem Anspruch, Deutschland müsse ‚Bildungsrepublik‘ werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dann muss sie nun entsprechend handeln«, so Länge. Nach wie vor lägen in Deutschland die Ausgaben für Bildung knapp ein Prozent unter dem OECD-Durchschnitt von sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Meist sei allerdings der Blick verengt auf die Bereiche Schule und Hochschule, notwendige Investitionen in Weiterbildungseinrichtungen blieben aus. »Wer Lebenslanges Lernen fordert, muss auch in Weiterbildung investieren, und zwar sowohl in Infrastruktur wie auch in Inhalte«, so Länge weiter. Gebäude und Ausstattung von Weiterbildungseinrichtungen seien vielfach dringend sanierungs- und modernisierungsbedürftig und dürften vom Konjunkturpaket nicht ausgeschlossen werden. Weiterhin sollten Ausfallzeiten, bedingt etwa durch Kurzarbeit, von Betrieben, aber auch von jedem Einzelnen mit Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll genutzt werden. Von einer Engführung auf die berufliche Weiterbildung riet Länge dabei ab. Gerade Maßnahmen der allgemeinen und politischen Weiterbildung trügen zum Erwerb gesellschaftlicher Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen bei.

Der bap erinnerte auch an die Aussage von Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die »Bildungsrepublik« sei ein »Land, das den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt«. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch laut bap die Stärkung der Bürgerkompetenz jedes Einzelnen, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen sowie das Verständnis für die gemeinsamen Werte und die Achtung der Grundsätze der Demokratie zu festigen. (Weitere Informationen, E-Mail: presse@bap-politischebildung.de, Internet: www.bap-politischebildung.de) Eine ähnliche Erklärung hatte die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) Ende 2008 abgegeben.

Angesichts der Deregulierung von Märkten, des Abbaus von Kontrollen und des – seit Jahren feststellbaren –

Rückzugs des Staates sowie angesichts der aktuellen Milliardenverluste und Hilfspakete in ebensolcher Höhe, der Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlusten müsse die Verantwortung des Staates für eine verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich wieder neu an Werten wie soziale Gerechtigkeit orientiert,

eingefordert werden. Denn in den aktuellen Krisenzeiten gehe es nicht nur um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Geldmarkt, die Banken und die Finanzstabilität, sondern um das Vertrauen in die Souveränität und Gestaltungskraft der Demokratie. (Nähere Information finden sich im Netz unter www.adb.de.) *js*

Mindestlohn Weiterbildung

Die Beschäftigten in der beruflichen Weiterbildung sollen nach dem Willen der großen Koalition einen Mindestlohn erhalten. Der Bundestag hat einem entsprechenden Kabinettsbeschluss Ende Januar zugestimmt und sich damit für die Aufnahme der Branche in das Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG) ausgesprochen. Die Gewerkschaften ver.di und GEW sehen darin einen Erfolg ihrer gemeinsamen Bemühungen (vgl. www.gew.de). Wenn der Bundesrat der Parlamentsentscheidung zustimmt, durchläuft der Branchentarifvertrag das übliche Verfahren zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Dazu muss der paritätisch mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern besetzte Tarifausschuss ein Votum abgeben. Erst dann kann der Bundesarbeitsminister die Verordnung, mit der der Branchentarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird, erlassen. Hintergrund der jüngsten Entwicklung ist die Vereinbarung von ver.di und GEW mit dem Arbeitgeberverband BBB (Bundesverband der Träger beruflicher Bildung) vom 31. März 2008, einen Antrag auf Aufnahme eines Mindestlohn-Tarifvertrags Weiterbildung in das Arbeitnehmerentendengesetz zu stellen (vgl. EB 2/08). Der Antrag bezieht sich auf einen Tarifvertrag von 2007, der nicht die gesamte Weiterbildungsbranche erfasst, sondern nur das Segment der Arbeitslosenförderung. In diesem Bereich, der schwerpunktmäßig von Bundesagentur und ARGE nach SGB II bzw. aus Europaprogrammen über

Kommunen oder Bundesländer finanziert wird, arbeiten ca. 40.000 Menschen, von denen etwa 23.000 tariflich gebunden sind. Laut GEW ist es hier in letzter Zeit zu erheblichen Einkommenseinbußen der Beschäftigten gekommen. Gehälter von weit unter 2.000 Euro brutto für qualifiziertes pädagogisches Personal seien keine Seltenheit mehr. In Sachsen-Anhalt seien Gehälter von 1.200 Euro für Vollzeitstellen in der Berufsvorbereitung bekannt geworden.

Nationales Bildungspanel

Anfang Februar 2009 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Bamberg das Nationale Bildungspanel (NEPS) eröffnet. Das NEPS ist das bislang größte Bildungsforschungsprojekt in Deutschland. Im Auftrag des BMBF sollen rund 60.000 Menschen aus acht Altersklassen zu ihrem Lernverhalten befragt werden. Daraus erhofft man sich Erkenntnisse darüber, wie sich Kompetenzen bis ins hohe Alter entwickeln. Die Ergebnisse laufen zusammen am Exzellenznetzwerk der Universität Bamberg. Beteiligte Institute sind unter anderem das Nürnberger Institut für Arbeitsmarktforschung (IAB), das Münchner ifo-Institut und das Wissenschaftszentrum Berlin. Das Projekt wird zunächst für fünf Jahre gefördert (Netzadresse: www.uni-bamberg.de/neps).

POSITION

**Erzbischof
Dr. Ludwig Schick**



Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz

Schöpfungsverantwortung

Die »Schöpfungsverantwortung« ist für jeden Christen eine wichtige Aufgabe. Im Pastoralplan der Erzdiözese Bamberg »Den Aufbruch wagen – heute!« heißt es: »Als Christen tragen wir eine hohe Verantwortung für die gesamte Schöpfung. Vernetztes Denken und nachhaltiges Handeln entscheiden mit über unsere Zukunft. Die Kirche kann dabei deutlich machen, dass ein ökologisch nachhaltiges Denken und Tun sich mit unseren christlichen Überzeugungen vom Schöpfer und von der Schöpfung deckt. Das eigene Handeln der Kirche muss mit diesen Grundsätzen übereinstimmen.«

Neuere Untersuchungen zeigen, wie bedroht die Schöpfung durch den Klimawandel und den Raubbau mit Naturressourcen ist. Bezüglich der Natur muss gelten: »Von den Zinsen, nicht vom Kapital leben.« Wir leben aber immer mehr vom Kapital der Schöpfung. Zinsen gibt es kaum noch.

Trotz dieser bedrohlichen Situation wird vor allem von staatlicher Seite dieses Thema nicht ernst genug genommen. Die Regierungen gehen es nicht engagiert an. Die G8-Staaten hatten im vorigen Jahr in Heiligendamm und dieses Jahr in Japan den Klimawandel auf der Tagesordnung. Sie haben aber keine echten Entscheidungen gefällt. Nationale wirtschaftliche Interessen haben sie daran gehindert. Auch die EU-Staaten verhindern seit Jahren gesetzliche Regelungen über die Reduzierung der CO₂-Emission. Sie ist vor allem für die rasante Erderwärmung und die Zerstörung der Ozonschicht ver-

antwortlich.

Für mich als Verantwortlichen für die Weltkirche im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz ist diese »Verweigerung« besonders schmerzlich. Sie trifft wiederum vor allem die Ärmsten der Armen. Die Klimaveränderungen werden in erster Linie von den Industrienationen Europas und Nordamerikas verursacht und von den Entwicklungsländern erlitten. Sie sind für die Ausbreitung der Wüsten und der Meere sowie der vermehrten Naturkatastrophen verantwortlich. Dadurch nehmen die Nahrungsmittelknappheit und der Hunger besonders in Afrika, Asien und Lateinamerika derzeit rasant zu. Wir müssen alles tun, damit diese Entwicklung gestoppt und umgekehrt wird. Wenn wir jetzt anfangen, ist es zwar schon spät, aber nicht zu spät.

Wir als Christen und Kirche können und müssen zunächst selber dazu beitragen, dass die Schöpfung bewahrt wird. Wir können beispielsweise weniger Energie verbrauchen, Solarenergie erzeugen, Recycling und regenerierbare Energien fördern. Als Kirche und Christen müssen wir aber auch unsere Stimme erheben bei den verantwortlichen Politikern und der Wirtschaft.

Leider Gottes sind der sogenannte »Konziliare Prozess« und die »Ökumenischen Versammlungen«, die sich seit 1983 das Thema »Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung« vorgenommen hatten, ziemlich aus dem Bewusstsein verschwunden. Gerade dieser Dreiklang macht aber auf einen wichtigen Zusammenhang aufmerksam. Frieden, den wir alle wollen, ist in der globalen Weltgemeinschaft nicht ohne Gerechtigkeit und ohne Bewahrung der Schöpfung möglich. Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gehören zusammen, sie garantieren den Frieden.

Gerechtigkeit muss hinsichtlich der Bewahrung der Schöpfung neu bedacht und eingefordert werden. Zur-

zeit verbrauchen die Reichen weit mehr an Rohstoffen, Wasser, Energie etc., als ihnen zustehen. Die Armen werden benachteiligt und vergessen. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit! Bezüglich der Natur und der Schöpfung muss es Gerechtigkeit geben.

Gerechtigkeit bedeutet: jedem zukommen lassen, was ihm zusteht. Der Mensch ist das Maß der Gerechtigkeit. Nicht das vorhandene Kapital, die Industrie und die Machtstellung, die ein Land hat, dürfen ausschlaggebend sein. Wir brauchen hinsichtlich der Schöpfung und der Naturressourcen mehr Gerechtigkeit, die den Menschen im Blick hat.

Neben der politischen und der praktischen Aufgabe im eigenen Bereich haben die Christen und die Kirche einen dritten Auftrag. Sie müssen die »geistlichen Ressourcen«, d.h. das Bewusstsein der Menschen bezüglich der Schöpfung stärken. Die Verkündigung und Auslegung des Schöpfungsberichtes ist zum Beispiel ein Beitrag dazu. Die Schöpfung wurde den Menschen geschenkt als Paradies, als Gabe, in der alle Menschen aller Zeiten leben und sich wohlfühlen sollen. Die Schöpfung ist keine Ressource, sondern Wohnstätte des Menschen. So muss sie gewertet und erhalten werden. Das gilt für alle Generationen bis zur Vollendung der Welt. Auch unsere christliche Tradition, von der heiligen Schrift angefangen über Heilige wie Benedikt, Franziskus und Hildegard von Bingen bis zur christlich motivierten Ökologie heute, verpflichten uns, die Natur und den Kosmos als größten Wert zu betrachten, die Gott gemacht und uns gegeben hat, die wir gebrauchen dürfen, aber auch bewahren müssen.

Diese Aspekte gilt es in der Verkündigung, aber auch in der Bildungsarbeit der Kirche stärker zu berücksichtigen, damit durch ein Umdenken der Menschen nachhaltiges Handeln hervorgerufen wird.